

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Burkina Faso

Datum: 18. Juni 2015

Ein Land lernt Demokratie

Der Transitionsregierung von Burkina Faso stehen nur zwölf Monate zur Verfügung, um den etwa 16 Millionen Einwohnern nach dem abrupten Ende der 27 Jahre dauernden Präsidialherrschaft eine moderne und gerechte Zukunft zu ermöglichen. Am 11. Oktober 2015 sollen freie, faire und transparente Wahlen endlich den Weg freimachen für rechtsstaatliche und echte demokratische Strukturen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika unterstützt den Übergangsprozess im westafrikanischen Burkina Faso mit einer Serie von Aus- und Weiterbildungen für öffentlich-rechtliche Institutionen.

Burkina Faso, ehemals Obervolta, gelegen im Herzen des Sahel und Heimat der „ehrwerten Menschen“ (Pays des hommes intègres), ist eines der ärmsten Länder Afrikas. Mit einer Analphabetenquote von beinahe 80%, nur wenigen Bodenschätzen und ohne direkten Zugang zum Meer, schaffte es das Land in den vergangenen Jahrzehnten nur dann in westliche Schlagzeilen, wenn Hungersnöte oder Putsche die Aufmerksamkeit erregten. Erst unter dem Präsidenten Blaise Compaoré konnte Burkina Faso sein negatives Image abstreifen. Zwar nutzte der ehemalige Militär das präsidiale System des Landes nicht nur uneigennützig. In 27 Jahren Regentschaft und nach zahlreichen Verfassungsänderungen zu seinen Gunsten, verschaffte er dem Land aber den Ruf eines regionalen Stabilitätsankers. In der an Krisen und Konflikten nicht gerade armen Region Westafrika ist dies sicherlich ein Erfolg. Grundsätzlich positive makroökonomische Daten, vermeintliche innenpolitische Stabilität sowie die enge Anlehnung an die realpolitischen Kurse Frankreichs und der USA verschafften dem Regime den erforderlichen Spielraum für den Verbleib an der Macht.

Auch wenn Vergleiche etwa mit dem „Regime Ben Ali“ in Tunesien nur teilweise zutreffen, galt für die Regierung Compaoré in Burkina Faso, dass persönliche Bereicherung der Eliten, eine angepasste Justiz und eine ins Absurde geführte Legislative den Alltag des Landes bestimmten. Nach mehr als einem Vierteljahrhundert „System Compaoré“ degenerierte die Regierungspartei CDP¹ zu einem angepassten Wahlverein, dem jegliches Gespür für

¹ Congrès pour la Démocratie et le Progrès

politische und gesellschaftliche Entwicklungen oder gar Veränderungen verloren gegangen war.

Unter dem Deckmantel demokratischer Verfahren und verfassungskonformer Legitimation sollte dann im Oktober 2014 der Machterhalt ein weiteres Mal über eine Verfassungsänderung garantiert werden. Diesem Anliegen waren bereits jahrelange landesweite Diskussionen und Unmutsäußerungen vorausgegangen. Ganz offenbar hatten Präsident und Partei das Ausmaß an Unzufriedenheit im Land dramatisch unterschätzt. Am 30. und 31. Oktober 2014 kam es zu landesweiten, mehrheitlich friedlichen Übergriffen auf die Symbole des Regimes Compaoré und der mit ihm verbandelten Eliten. Zu entschlossen und zu massiv waren die landesweiten Demonstrationen, als dass Militär oder Sicherheitskräfte diesem Volkszorn ohne Blutvergießen hätten begegnen können. Innerhalb von nur 48 Stunden wurde die politische Elite hinweggefegt. Die Familie Compaoré flüchtete in das Nachbarland Côte d'Ivoire.

Eine Übergangsregierung, anteilig besetzt aus Militär, Zivilgesellschaft und Oppositionsparteien, wurde beauftragt, innerhalb von zwölf Monaten Wahlen abzuhalten, die nun für den 11. Oktober 2015 angesetzt sind. Der geltenden Verfassung wurde eine Übergangscharta beigegeben (Charte de Transition), um das Land nicht in ein rechtsstaatliches Vakuum abgleiten zu lassen. Diese eigentlich kluge Entscheidung fand in der Öffentlichkeit zwar keinen ungeteilten Beifall, garantiert allerdings, dass die in 27 Jahren Compaoré erodierten öffentlichen Institutionen sich an den neuen Gegebenheiten ausrichten müssen.

Nachvollziehbar ist, dass in dieser Phase der Neuausrichtung nicht nur rational gehandelt wird. Aufgestaute Emotionen, politische Partikularinteressen sowie das möglichst frühzeitige Positionieren für den bereits begonnenen Vorwahlkampf dominieren derzeit ein Land, das seine ohnehin chronisch knappen öffentlichen Finanzen nur mit Hilfe internationaler Geber gerade eben so stemmt. In einer derart angespannten, und zum Teil von zu hohen, auch wirtschaftlichen Erwartungen geprägten Stimmung, kommt es vor allem darauf an, dass die zuständigen Institutionen verantwortlich, glaubwürdig, kompetent und am Gemeinwohl ausgerichtete Entscheidungen treffen. Aus diesem Grund unterstützt die HSS-Westafrika unter anderem den mehrheitlich neu besetzten burkinischen Verfassungsrat und bereitet diesen mit Unterstützung internationaler Experten auf die kommenden Aufgaben vor; etwa mit der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichts des Niger, Salifou Fatimata Bazeye. Sie hatte sich 2010 dem Versuch des nigrischen Präsidenten Tanja widersetzt, über eine widerrechtliche Verfassungsänderung ein weiteres Mandat zu erlangen.

Ganz sicher stehen Burkina Faso noch turbulente Zeiten bevor. Die Frage der Aufarbeitung möglicher Vergehen der Regierung Compaoré wird ebenso die Tagesordnung bestimmen wie eine notwendige Reform der burkinischen Verfassung. Noch ist keinesfalls sicher gestellt, dass die ehemalige Gefolgschaft der Regierung Compaoré oder die ehemaligen wirtschaftlichen Eliten dem angestrebten politischen Paradigmenwechsel tatenlos zusehen werden. Zunächst müssen die für den Übergang designierten Verantwortlichen dafür Sorge tragen, dass dem Land wieder Vertrauen entgegengebracht wird, auch, und vor

allem, seitens ausländischer Investoren, die ihre Projekte nach den Unruhen größtenteils auf Eis gelegt hatten. Umso stärker kommt es in dieser kritischen Phase darauf an, dass die internationale Gemeinschaft ihrer erklärten Solidarität auch Taten folgen lässt. Zwar genießt Burkina Faso nicht die politische Aufmerksamkeit wie etwa Tunesien. Für die geopolitische Stabilität Westafrikas ist die internationale Gemeinschaft ebenso bedeutsam, betrachtet man die das Land umgebenden Krisenherde. Zu wünschen ist, dass das Land wieder Gelegenheit erhält, seinem Namen der „ehrenwerten Menschen“ alle Ehre zu machen.

Ralf Wittek

Der Autor ist Auslandsmitarbeiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika

IMPRESSUM

Erstellt: 18. Juni 2015

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2015

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther, Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de